

VERHANDLUNGSSCHRIFT

Über die öffentliche Sitzung

**des Gemeinderates
am 24.04.2006**

Tagungsort: Sitzungssaal der Marktgemeinde Aschach/Donau

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 22.45 Uhr

Anwesende:

Vorsitzender:

Bürgermeister Rudolf Achleitner (SPÖ)
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)
Vizebgm. Christine Gredler
GVM Ing. Karl Viehböck
GRM Zinnagl Robert
GRM Gerhold Renate
GRM Pröhl Christian
GRM Szücs Annemarie
GRM Schöppl Alfred
GRM Gillich Helmuth
GRM Schrenk Roland
GRM Gredler Christian

Ersatzmitglieder SPÖ

Österreichische Volkspartei (ÖVP)

GVM Weichselbaumer Franz
GVM Dr. Josef Gruber
GRM Ing. Gerhard Buchroithner
GRM Ing. Knierzinger Friedrich
GRM Hude Georg
GRM Paschinger Franz

Ersatzmitglieder ÖVP

GRM Paschinger Franz für Luger Josef

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

GVM Mag. Haider Roman
GRM Hosiner Herwig
GRM Straßl Christian
GRM Hosiner Christina

Ersatzmitglieder FPÖ

GRM Hosiner Herwig für Ing. Hosiner Wolfgang

Die GRÜNEN

GVM Dr. Judith Wassermair

GRM Bachmayer Beatrix

GRM Ettl Paul

GRM Schnell Rosa

Ersatzmitglieder der GRÜNEN

GRM Schnell Rosa für Weiß Christian

Weiters anwesend:

Greinöcker Ulrike als Amtsleiterin

Pröhl Anita als Schriftführerin

Der Vorsitzende begrüßt alle anwesenden Gemeinderäte zur heutigen Sitzung und teilt mit, dass die Tagesordnung zeitgerecht zugestellt wurde. Gegen die Tagesordnung bestehen keine Einwände.

Danach teilt der Vorsitzende mit, dass die heutige Tagesordnung geändert wird. Der Punkt 2) in der Tagesordnung wird am Anfang behandelt.

Punkt 2) Bericht über die Prüfungsausschusssitzung vom 30.3.2006

Bericht des Vorsitzenden:

Der örtliche Prüfungsausschuss ist zu seiner Sitzung am 30.3.2006 zusammengekommen. Bei dieser Prüfungssitzung wurde der Rechnungsabschluss 2005 und die Globalbudgets überprüft. Der Prüfungsbericht wird dem Gemeinderat vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht.

Der Vorsitzende bittet beim nächsten Bericht eine genaue Betitelung dazuzuschreiben.

Der Prüfungsbericht wird vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

ENDE TOP 2

Punkt 1) Beratung und Beschlussfassung über den Rechnungsabschluss 2005

Bericht des Vorsitzenden:

Der Rechnungsabschluss wurde vom Prüfungsausschuss in seiner Sitzung am 30. März 2006 geprüft. Den Ausschussmitgliedern sowie jeder Fraktion des Gemeinderates wurde rechtzeitig jeweils mindestens ein Exemplar des Rechnungsabschlusses übergeben. Der ordentliche Haushalt schloss bei einer Einnahmenvorschreibung von € 3.180.545,42 und einer Ausgabenvorschreibung von € 3.180.545,42 ausgeglichen ab. Der außerordentliche Haushalt schloss bei Einnahmen von € 441.584,39 gegenüber Ausgaben von € 319.810,36 und somit mit einem Überschuss von € 121.774,03 ab.

Die wesentlichen Abweichungen gegenüber dem Voranschlag sind auf den Seiten 89-91 des Rechnungsabschlusses näher erläutert. Diese Erläuterungen sind auch den Amtsvorträgen beigegeben.

Der Vorsitzende verliest eine Stellungnahme der Grünen Fraktion:

Im RA 2005 sind unter Pos. 840000 (Grundbesitz) € 61.415,- als Anordnungssoll (und als Schl. Rest) verbucht. Laut Auskunft der Buchhaltung betrifft dies den Grundverkauf der alten Schulsportanlage an Hrn. Hofer.

Dieser Kaufvertrag wurde wohl am 12. Dezember 2005 im Gemeinderat beschlossen, jedoch erst am 16. März 2006 unterzeichnet, wobei als Zahlungsziel Ende April 2006 vereinbart wurde. Somit kann diese Einnahme erst im Jahr 2006 in die Buchhaltung einfließen. Die OÖ Gemeindeordnung (§ 74 Abs. 2) sagt ganz klar, dass das Haushaltsjahr der Gemeinde mit dem Kalenderjahr zusammenfällt. **Eine VORZEITIGE Sollstellung MÖGLICHER oder zu erwartender Einnahmen in einem Folgejahr ist daher gesetzwidrig.**

Weiters enthält der RA 2005 **keine Inventarliste bzw. Verzeichnis des Gemeindeeigentums** was jedoch lt. OÖ.GemO 1990 ein Bestandteil eines ordentlichen Rechnungsabschlusses sein muss (§ 92 Abs. 3 OÖ GemO, §§ 83-91 GemHKRO).

Aus diesen Gründen werden wir diesem RA 2005 nicht zustimmen und diese Stellungnahme auch als Sachverhaltsdarstellung an die Bezirkshauptmannschaft als Aufsichtsbehörde schicken.

Beratung:

Fr. Schnell Rosa: Im Prüfbericht steht: Mit Zufriedenheit wurde festgestellt, dass der Abschnitt „Essen auf Rädern“ annähernd ausgeglichen ist. Es gibt hier einen Abgang von € 1.517,20. Sie konnte sich erst heute mit Hrn. Ing. Hosiner in Verbindung setzen. Dieser teilte mit, dass man dies morgen korrigieren kann. Es geht ihr nur darum, dass man nicht sagt „annähernd ausgeglichen“ sondern, dass im Prüfbericht steht „Es gibt einen Abgang von € 1.517,20.“

AL Greinöcker: Sie versteht nicht warum diese Aufforderung jetzt kommt. Denn das Protokoll wird immer sofort im Anschluss an die Sitzung geschrieben und dabei sind noch alle Mitglieder vor Ort.

Fr. Schnell: Dieser Prüfbericht, der an den Gemeinderat geht, ist aber was anderes.

AL Greinöcker: Nein das ist dieser Bericht.

Fr. Schnell: Dann wurde das eben übersehen, aber sie möchte dass dies geändert wird.

Fr. Dr. Wassermair: Sie möchte zum Punkt 8) Abfallwirtschaft Stellung nehmen. Die Ausgaben kommen zum Teil aus der Anschaffung der neuen Mülltonnen und aus der Reinigung der Müllinseln, die eigentlich entfernt gehörten. Es hat sehr wohl vom Umweltausschuss dazu Vorschläge gegeben, aber die wurden vom Bürgermeister als nicht produktiv angesehen. Er wünscht eine Einführung einer allgemeinen Müllgebühr die diesem wird Sie nicht zustimmen. Sie sieht es nicht ein, dass eine Familie, die in einer Wohnung ist, dieselbe Gebühr zahlt wie eine Familie, die einen Garten besitzt und viel Grünschnitt anfällt.

Der Umweltausschuss wird sich darüber nochmals beraten und wiederum einen Vorschlag bringen und diesmal in schriftlicher Form.

Vorsitzender: Er alleine hat nicht die Entscheidung über die Einführung einer allgemeinen Müllgebühr oder anderen praktikabler Lösungen. Die Entscheidung liegt auch nicht an der Grünfraktion, sondern klar am Gemeinderat.

Bezüglich Sammelinseln möchte er dazu noch sagen, dass die Gemeinde Aschach für die Instandhaltung dieser Inseln auch einen Kostenbeitrag vom Bezirksabfallverband bekommt.

Eine Schließung der Sammelinseln würde auch eine Verringerung des Beitrages bedeuten.

Praktikable Lösungen findet er in Ordnung. Diese müssen in der Bevölkerung allerdings auch klar sein. Sie müssen wissen woran man jetzt mit der Deponie von Grünschnitt ist.

Ing. Viehböck: Zum Thema Essen auf Rädern möchte er sagen, dass er akzeptiert wenn das Protokoll geändert wird. Wo Menschen arbeiten, können auch Fehler unterlaufen. Zur Untersagung der Zustimmung zum Rechnungsabschluss hätte er noch eine Frage. Wie hätte die Gemeinde die € 61.675,45 aufgrund des Rechnungsabschlusses anders verbuchen können. Ihm ist nicht ganz klar, was die Grün Fraktion hier als Fehler sehen.

Fr. Schnell: Der Betrag dürfte 2005 gar nicht aufscheinen, weil der Betrag erst 2006 eingenommen wird. Der Vertrag wurde erst im März 2006 unterschrieben und das Zahlungsziel ist Ende April.

Hr. Ettl: Nachdem per 31.12.2005 das Jahr abgeschlossen wird, gehört dieser Betrag erst 2006 verbucht und nicht im Jahr 2005. Dieser Betrag gehört korrigiert.

Ing. Viehböck: Ändert sich etwas wenn der Betrag neu verbucht wird.

Hr. Ettl: Ja, bezüglich der Abgangsgemeinde.

Fr. Dr. Wassermair: Sie möchte nochmals zum Thema Zeitung kommen. Es wurde bewusst nichts in der Zeitung geschrieben weil wenn jeder dann den Strauchschnitt hinaufbringt wird dies Schwierigkeiten geben.

AL Greinöcker: Zum Thema Kaufvertrag möchte Sie noch etwas sagen. Hr. Hemmelmair hat mit Hrn. Wenzel von der BH Eferding gesprochen und ihm mitgeteilt, wie er den Betrag verbucht hat. Dieser teilte mit, dass dies passt und er diesen Betrag im Rechnungsabschluss drinnen lassen soll. Es hat mit einer Abgangsgemeinde nicht zu tun.

Eine Abgangsgemeinde ist man dann, wenn es mehrere Jahre hindurch geprüft wird und wir den Rechnungsabschluss nicht ausgleichen können.

In seinem Prüfungsbericht steht dann drinnen, dass dieser Betrag falsch verbucht ist. Die Gemeinde hat dadurch aber keinen Nutzen und auch keinen Schaden.

Dr. Wassermair: Hr. Kehrler ist aber anderer Meinung.

Dr. Gruber: Diese Einnahmen waren ja schon länger bekannt. Man sieht das eher als Rechnungsabgrenzung. Wir wissen seit langer Zeit, dass diese Einnahme zu

erwarten ist. Und man sollte das nicht so negativ sehen wenn der Betrag im Rechnungsabschluss ist.

Hr. Ettl: Das die Einnahmen verbucht werden ist eine Sache. Die Einnahmenverbuchung ist auf der Ist Spalte. Auf der Sollspalte werden Sachen verbucht die vorgesehen sind, aber noch nicht eingetroffen sind. Es dürfen also auf der Sollspalte nur Sachen verbucht werden die mit Sicherheit auch Eintreffen. In diesem Fall geht es darum, dass zur Zeit der Buchung der Vertrag noch nicht unterschrieben war. Hr. Hofer hätte jederzeit vom Vertrag zurücktreten können und daher war es kein rechtsgültiges Geschäft.

Dr. Gruber: Dieser Kauf wurde bereits unter Putz Zeiten ausverhandelt. Und das es nicht genau Punktum bis zum 31.12.2005 geklappt hat, dafür hat er ein gewisses nachsehen. Es stimmt, dass es anders verbucht hätte gehört aber es ändert sich für die Gemeinde nichts.

Ing. Knierzinger: Er findet den Vorwurf, dass man in der Gemeindezeitung keine Berichte findet, nicht richtig. Er schreibt sehr wohl Berichte wie z.B. über Müllvermeiden, Bioabfall usw.

Er kann aber nicht mehr tun als Berichte schreiben, wenn Sie dann nicht gedruckt werden, kann er nichts machen. Er hat damals sogar Angebote eingeholt, aber er kann zur Bevölkerung nicht sagen, dass Sie den Grünschnitt hinaufbringen sollen, dass ist Sache des Bürgermeisters.

Vorsitzender: Es muss für die Bevölkerung eine klar Durchschaubare Regelung geben.

Hr. Weichselbaumer: Es weiß jeder wie es zum Rechnungsabschluss gekommen ist. Das der Betrag im Jahr 2005 verbucht wurde ist passiert. Diese Sache war eine realistische Geschichte, da jeder wusste, dass dieser Grund verkauft wird. Wenn darauf bestanden wird soll es im Rechnungsabschluss geändert werden. Er glaubt aber, dass man den Haushaltsvoranschlag für 2005 nicht mehr ändern kann. Für ihn ist Aschach daher keine Abgangsgemeinde, nur weil man einmal eine Verbuchung aus bekannten Gründen ins nächste Jahr verschiebt.

Hr. Paschinger: Er kann dem ganzen von Fr. Dr. Wassermair nicht folgen. Nehmen Sie sich einmal die Zeit und schauen Sie sich den Platz an, der angemietet wurde. Der Platz ist bereits voll. Ihm ist es ein Rätsel, von wo manche Leute das wissen und die Sachen bereits hinaufbringen.

Dr. Wassermair: Darum war es auch noch nicht in der Zeitung.

Vorsitzender: Die Boxen im Bauhof sind aber immer so voll wie immer.

Dr. Wassermair: Man muss sich eventuell eine Öffnungszeit überlegen, wo die Leute das abgeben können. Es wurde bereits mehrmals vorgeschlagen, aber es kommt immer das Argument, dass dies nicht machbar ist.

Hr. Gillich: Um wie viel kommt das dann teurer. Dies muss dann überwacht werden und das kostet auch was.

Vorsitzender: Da sind wir wieder bei den nicht praktikablen Lösungen. Wer überwacht dies? Was ist mit den Leuten, die dann vor der Absperrung ihren Müll deponieren? Dies ist eine Sache des Umweltausschusses. Er soll darüber nochmals beraten.

Dr. Wassermair: Sie möchte nicht, dass es heißt, dass Hr. Hofer den Kauf verzögert hätte.

AL Greinöcker: Verschlafen hat es weder Hr. Hofer und auch nicht die Gemeinde. Es wurde nach Beschluss im Gemeinderat sofort ein Termin mit dem Notar vereinbart. Dieser hat den Termin damals abgesagt und daher gab es die Verzögerung.

Hr. Ing. Viehböck: Er möchte noch etwas fragen, da er kein Finanzexperte ist.

Wir haben im außerordentlichen Haushalt abgeschlossen mit einem Überschuss von ca. € 121.000,-. Sieht er es richtig, wenn man die Summe vom Kaufvertrag dort gebucht hätte, wo sie gebucht gehörten, dann würden sich die € 121.000,- um die Summe des Verkaufes vermindern. Ist das richtig.

Dann hätte man im außerordentlichen nicht ca. € 121.000,- sondern nur ca. € 60.000,-?

Fr. Schnell: Die Buchung gehört trotzdem korrigiert.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Prüfungsausschuss stellt den Antrag, den Rechnungsabschluss für das Finanzjahr 2005 in der vorliegenden Form zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis:

Die gesamte Grünfraktion stimmt gegen den Antrag.

Hr. Ing. Buchroithner und Hr. Ing. Knierzinger enthalten sich der Stimme.

Alle übrigen Gemeinderäte stimmen mit einem Handzeichen für diesen Antrag.

ENDE TOP 1

Punkt 3) Bericht über die Wohnungsvergaben vom 5.4.2006

Bericht des Vorsitzenden:

In der Sozialausschusssitzung am 05.04.2006 wurden folgende Wohnungen vergeben:

Schaunbergstraße 4, Whg.-Nr. 7 an Herrn Christian Obermüller, dazu ist zu sagen, dass diese

Wohnung zuerst an Herrn Anton Berger vergeben wurde (wurde in der letzten Gemeinderatssitzung berichtet) dieser jedoch die Wohnung abgelehnt hat.

Schaunbergstraße 6, Whg.-Nr. 10 an Frau Tanja Auinger und Schaunbergstraße 8, Whg.-Nr. 2 an Familie Klaus Kitzmüller.

Beratung:

Fr. Vizebgm. Gredler Christine: Fr. Auinger Tanja hat telefonisch bekannt gegeben, dass sie von der Gemeinde Popping eine Wohnung zugesprochen bekommt und diese auch annehmen wird.

Diese Wohnung wird in der nächsten Sozialausschusssitzung nochmals vergeben. Diese Wohnung wird gerade Generalsaniert.

ENDE TOP 3

**Punkt 4) Beratung und Beschlussfassung über die Unterfertigung des Bestandsvertrages
Nr. WEST 206**

Bericht des Vorsitzenden:

Die Marktgemeinde Aschach als Bestandnehmer hat von der Republik Österreich als Bestandgeber, vertreten durch via donau eine Teilfläche des Grundstücks Nr. 1275/2, EZ 1172, KG Aschach, KG Nr. 45003, Uferböschung am rechten Ufer des Donaustromes zwischen Strom-km 2160,6 + 54 m und Strom-km 2160,6 + 24 m, Ländenlänge 30m, in Bestand.

Das Nutzungsrecht beschränkt sich auf die Errichtung einer privaten, schwimmenden Schifffahrtsanlage – Gästesteg zur kurzfristigen Verheftung von Sportbooten nach Maßgabe der vom Amt der Oö. Landesregierung mit Bescheid vom 29. Juli 1997, Zl. VerkR-420.278/5-1997-Kfm erteilten wasser- und schifffahrtsrechtlichen Bewilligung. Durch eine Umstrukturierung bei der via donau muss ein neuer Bestandsvertrag ausgestellt werden.

In der Gemeinderatssitzung am 06.03.2006 wurde dieser Punkt als Dringlichkeitsantrag behandelt und von Seiten des Gemeinderates wurde ersucht, dass dieser Vertrag vom Gemeindebund geprüft wird. Vom OÖ Gemeindebund kam folgende Erklärung:

Folgende wesentliche Änderungen wurden im neuen Bestandsvertrag Nr. WEST 206 vorgenommen:

§ 1 Vertragsgegenstand (§ 3 alt):

Die Benutzung als „Anlegestelle für den gewerblichen Fahrgastverkehr“ fehlt im neuen Vertragsmuster. Ländefläche neu 30m, Vertrag alt (§ 4 Abs 1) 108 lfm.

Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Anlegestelle für den gewerblichen Fahrgastverkehr nicht mehr Eigentum der Marktgemeinde Aschach ist.

§ 2 Vertragsdauer (§ 2 und 5 alt):

Kündigungsfrist verkürzt von 6 auf 3 Monate.

Aufnahme einer jederzeitigen Kündigungsmöglichkeit aus wichtigem Grund.

§ 3 Bestandzins (§ 4 alt):

Erhöhung des Bestandzinses bei Verringerung der Bestandsfläche; in dieser Erhöhung ist laut OÖ Gemeindebund jedoch auch eine allfällige Indexanpassung berücksichtigt.

Frau Mag. Heitzendorfer vom OÖ Gemeindebund schlägt daher vor:

Die Marktgemeinde als Bestandnehmerin könnte bei Abschluss des neuen Bestandsvertrages auf die Übernahme der Bestimmungen aus dem alten Vertrag bestehen, vor allem hinsichtlich der Benutzung für den gewerblichen Fahrgastverkehr. (Ist hinfällig, da der Schiffssteg nicht mehr im Eigentum der Gemeinde ist)

Die Bestandsgebührenerhöhung hält sich laut Mag. Heitzendorfer in Grenzen. Die Verringerung der vom Bestandsvertrag erfassten Uferlänge wird wesentlich von der bisherigen Nutzung abhängen. Wurde die Fläche außer dem Anlegesteg nicht benützt, wird diese Verringerung keine Bedeutung haben. Die Marktgemeinde müsste daher für sich den Nutzen überdenken.

Auch die Aufnahme geänderter Kündigungsmöglichkeiten obliegt der Disposition der Vertragsparteien.

Wesentlich für die Marktgemeinde Aschach ist laut Mag. Heitzendorfer die Nutzungseinschränkung und sollte daher auf Übernahme der alten Regelung beharrt werden.

Um Unterfertigung des vorliegenden Bestandsvertrages Nr. West 206 wird ersucht.

Beratung:

Hr. Ettl: Eine gewerberechtliche Nutzung wäre im Vertrag wichtig. Auch wenn der Gästesteg nicht gewerberechtlich genutzt wird, wäre es gut, wenn es so formuliert wird.

AL Greinöcker: Dann muss man der Via Donau einen Bescheid der BH Eferding vorlegen, wo man den Gästesteg mit einer gewerblichen Nutzung drinnen hat. Dann ist es jederzeit möglich, das wieder hineinkommt. Man muss aber dazu sagen, dass der Gästesteg in seinem jetzigen Zustand für einen gewerblichen Zweck nicht verwendet werden kann. Da gibt es wieder andere Vorschriften und die Kosten wieder eine Menge Geld.

Hr. Ettl: Er findet den vorgeschriebenen Betrag trotzdem nicht in Ordnung, der von der via Donau vorgeschrieben wurde.

Mag. Haider Roman: Sieht er es richtig, dass die Fläche verringert wurde und die Miete erhöht wurde?

AL Greinöcker: Ja.

Mag. Haider Roman: Die via Donau ist eine Firma und wenn die einen Bescheid von einer Behörde brauchen, dann ist es für ihn uninteressant. Wenn wir als Mieter sagen, wir wollen auch die Möglichkeit der gewerblichen Anleger haben, muss man sagen, genehmigt es uns oder nicht. Egal ob es einen Bescheid von einer Behörde gibt oder nicht. Es findet es aber nicht richtig, dass die Ländefläche verringert wurde und die Kosten erhöht wurden.

Ing. Buchroithner: Was passiert, wenn wir diesem Vertrag nicht zustimmen.

Ing. Viehböck: Man zahlt dann einfach unsere Ländefläche für die obere und untere die im Bestandsvertrag drinnen ist. Dieser ist aber ein geringerer Betrag.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass der Bestandsvertrag Nr. WEST 206 unterfertigt wird.

Abstimmungsergebnis:

Die gesamte Grünfraktion und die FPÖ Fraktion sowie Hr. Ing. Knierzinger und Hr. Ing. Buchroithner stimmen gegen den Antrag.

Hr. Weichselbaumer, Hr. Paschinger und Hr. Hude enthalten sich der Stimme.

Alle übrigen Gemeinderäte stimmen mit einem Handzeichen für diesen Antrag.

ENDE TOP 4

Punkt 5) Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Straßenbauarbeiten „Parkplatzerrichtung Hiermannstraße“

Bericht des Vorsitzenden:

Für dieses Straßenbauprojekt wurden fünf Angebote eingeholt.

Alpine Mayreder Bau GmbH	€ 19.509,43
PORR GmbH	€ 18.498,37
Hofmann GmbH & Co KG	€ 20.130,36
Swietelsky	€ 19.463,84
Held & Francke	€ 14.489,80

Beratung:

Vorsitzender: Laut Vorstellung des Ortsplaners sollen hier Schrägparkplätze errichtet werden. Es werden nicht wie geplant Längsparkplätze sondern vorerst 12 Schrägparkplätze errichtet. Bei den geplanten Längsparkplätzen würde die gesamte Hiermannstraße gebraucht werden. Es wurden auch Schrägparkplätze ausgeschrieben.

Bei den Angeboten stellte sich die Fa. Held & Francke als Bestbieter heraus.

Fr. Schnell: In der letzten Sitzung, wo Hr. Architekt Schweiger das Projekt vorstellte wurde gesagt, dass dieses Projekt der Bevölkerung vorgestellt werden soll. Wird dies gemacht oder nicht.

Ing. Viehböck: Es besteht eine Dringlichkeit dieser Parkplätze und ob die der Länge oder der Schräge sind ist nicht relevant. Es hat sich herausgestellt, dass man für die Schrägparkplätze nicht soviel Grundfläche braucht und daher hat an sich für diese Variation entschieden.

Fr. Schnell: Im Projekt von Hrn. Architekt Schweiger war der Spielplatz anders und auch die Parkplätze. Nun wird vieles anders gemacht und dann wird es erst der Bevölkerung präsentiert. Sie findet dies nicht richtig.

Fr. Dr. Wassermair: Ihres Wissens fand keine offizielle Ausschreibung statt. Sie hat sich bei Hrn. Resch den Plan für die Parkplätze angeschaut. Es sind eigentlich 24 Schrägparkplätze eingezeichnet. Sie hat Hrn. Resch gefragt, wie dies ausschauen soll. Dieser wusste dies auch nicht, weil es eigentlich eine Sache des Hrn.

Bürgermeisters ist. Es weis eigentlich die Bauabteilung und auch der Bauausschuss nicht darüber Bescheid. Sie kann sich nicht vorstellen, dass dies eine demokratische Vorgehensweise bzw. eine Gesetzmäßige Vorgehensweise ist, wenn man so eine Ausschreibung macht. Es gibt auch keine Angebotseröffnung.

Vorsitzender: Es wurde in der letzten Bauausschusssitzung darüber gesprochen und man war sich über die Vorgehensweise eigentlich einig. Es muss bei der internen Kommunikation etwas nicht passen.

Fr. Dr. Wassermair: Bei Ihnen passt die Kommunikation. Aber Hr. Resch, als Leiter der Bauabteilung müsste genauer darüber Bescheid wissen und Sie ist der Meinung, dass eher hier die Kommunikation nicht hinhaut.

Fr. Schnell: Es gab seit dem Umbau des Gendarmeriegebäudes keine Angebotseröffnung mehr. Es muss normalerweise ein Protokoll geführt werden.

Ing. Viehböck: Die Details sind im Bauausschuss besprochen worden und es hat einhellige Meinung darüber geherrscht, dass Angebote eingeholt werden und an den Gemeinderat weitergeleitet werden.

Hr. Ettl Paul: In der letzten Bauausschusssitzung hat der Bürgermeister wieder einmal in einem Kamm über den Bauausschuss und über die Bauabteilung geschimpft und zwar wir haben fast das erste Halbe Jahr vorbei und es ist wieder nichts geschehen

und der Bauausschuss tut nichts und die Bauabteilung auch nicht, also mache ich was. Irgendetwas passt hier nicht. Ich bin schon der Meinung, dass etwas getan wird. Es ist aber nicht die Aufgabe des Bauausschusses die Angebote auszuschreiben, dass ist seiner Meinung nach immer noch die Aufgabe der zuständigen Bearbeiter in der Gemeindekanzlei.

Er hat angenommen, dass es nunmehr zu einer richtigen Ausschreibung kommt, damit alle Firmen die Möglichkeit haben ihr Angebot zu unterbreiten und es auch zu einer Angebotseröffnung kommt. Dies ist offenbar nicht geschehen. Eine Ausschreibung sollte nicht Gesetzeskonform sein. Es würde ihn auch noch interessieren wie man eine Ausschreibung machen kann, wenn es dazu gar keinen Plan gibt.

Vorsitzender: Irgendwo ist hier ein Widerspruch drinnen. Das Schimpfen über den Ausschuss möchte er in Klammer setzen. Er hat Kritik geübt und das steht ihm auch zu, denn er muss es auch der Bevölkerung erklären, warum der Markhutweg vielleicht heuer noch nicht Asphaltiert wird. Nicht weil es am Geld scheitert, sonder weil die Dinge einfach zu langsam gehen.

Es ist nunmehr Mitte des 2. Quartals und solche Projekte haben eine entsprechend lange Vorlaufzeit. Denn die Baufirmen warten auch nicht auf die Gemeinde Aschach sondern man muss froh sein jetzt einen Termin zu bekommen.

Vom heutigen Tag aus, kann man diese Projekte wahrscheinlich erst im 2. Halbjahr verwirklichen. Würde man dies jetzt wieder auf die nächste Sitzung hinausschieben, bezweifelt er, ob man 2006 die Projekte überhaupt verwirklichen kann.

Das war sein Beweggrund warum erschaute, dass Angebote eingeholt werden, die Ident sind, die Vergleichbar sind und die auch vom Bauausschuss kontrolliert wurden. Mit diesem Stand der Dinge kann man nun weiterarbeiten.

Er kann aber die Bevölkerung gerne an den Bauausschuss oder an Hrn. Ettl verweisen, wenn die Fragen auftauchen, warum die Projekte nicht verwirklicht wurden.

Hr. Ing. Knierzinger: Er hat kein Problem damit, wenn dies der Bürgermeister entscheidet. Es wurden einige Angebote eingeholt und es hat sich ein Bestbieter ergeben. Er findet dies als einen vernünftigen Weg. Er wollte nur Fragen ob man versucht hat, diese verschiedenen Bauvorhaben unter einen Hut zu bringen, damit man nicht jedes Mal eine Baustelleneinrichtung bezahlen muss. Man sollte zumindest mit der Firma darüber noch verhandeln.

Hr. Weichselbaumer: Eine Kritik ist schon richtig. Aber er muss Hrn. Ettl recht geben, dass die Angebotsausschreibung und dergleichen nicht die Arbeit des Ausschusses sondern die der Gemeindekanzlei ist. Es war die einheitliche Meinung, dass die Schrägparkplätze sinnvoller sind und auch, dass es heuer noch erledigt werden soll. Es geht nur mehr um die Vorgangsweise. Hr. Pröhl als Mitglied des Bauausschusses hat die Angebote überprüft und keine Fehler gefunden. Es war ihm aber nicht mehr bewusst, dass die Held & Francke Bestbieter war.

AL Greinöcker: Dieses Angebot war bei den letzten Unterlagen noch nicht dabei.

Vorsitzender: Es war aber der Wunsch des Bauausschusses, dass man die Fa. Held&Francke einlädt und dies ist dann noch geschehen.

Fr. Schnell: Sie möchte festhalten, dass diese Ausschreibung nicht der Vergabeordnung entspricht. Es gibt Richtlinien und die wurden nicht eingehalten.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass das Straßenbauprojekt „Parkplatzerrichtung Hiermannstraße“ an den Bestbieter vergeben wird.

Abstimmungsergebnis:

Fr. Bachmayer, Fr. Schnell, Fr. Dr. Wassermair und Hr. Hosiner Herwig stimmen gegen den Antrag.

Hr. Ettl, Hr. Straßl, Fr. Hosiner Christina, Hr. Paschinger und Hr. Ing. Buchroithner enthalten sich der Stimme.

Alle übrigen Gemeinderäte stimmen mit einem Handzeichen für diesen Antrag.

ENDE TOP 5

Punkt 6) Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Straßenbauarbeiten „Markuthweg“

Bericht des Vorsitzenden:

Für dieses Straßenbauprojekt wurden fünf Angebote eingeholt.

Alpine Mayreder Bau GmbH	€ 14.256,90
PORR GmbH	€ 13.254,53
Hofmann GmbH & Co KG	€ 14.523,84
Swietelsky	€ 13.905,20
Held & Francke	€ 12.146,52

Beratung:

Fr. Schnell: Es wurde besprochen, dass diese Straße heuer gemacht wird. Die Nachbarn leiden extrem unter der Staubbelastung. Nunmehr waren Sie froh, dass die Strasse gemacht wird, was auch in der Zeitung angekündigt wurde. Bei der letzten Sitzung wurde hiezu ein Finanzierungsplan genehmigt und jetzt muss Sie feststellen, dass laut Angebot nur ein Teil Asphaltiert wird.

Vorsitzender: Der Grund dafür ist der, dass im oberen Teil des Markuthweges demnächst eine Baustelle zu erwarten ist und daher nur der untere Teil gemacht wird. Es macht nicht viel Sinn, die Straße zur Gänze herzustellen und dann treten durch die Bauarbeiten wieder Schäden auf.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass das Straßenbauprojekt „Markuthweg“ an den Bestbieter vergeben wird.

Abstimmungsergebnis:

Fr. Dr. Wassermair stimmt gegen den Antrag.

Fr. Schnell, Fr. Bachmayer, Hr. Paschinger und Hr. Ing. Buchroithner enthalten sich der Stimme.

Alle übrigen Gemeinderäte stimmen mit einem Handzeichen für diesen Antrag.

ENDE TOP 6

Punkt 7) Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Straßenbauarbeiten „Sanierung der Frostschäden im Ortsbereich“

Bericht des Vorsitzenden:

Für dieses Straßenbauprojekt wurden fünf Angebote eingeholt.

Alpine Mayreder Bau GmbH:

Schadstellen 4 cm

10 – 25 m ²	€ 39,47
25 – 50 m ²	€ 35,20
50 – 100 m ²	€ 30,11
> 100 m ²	€ 28,48

Schadstellen 6 cm

10 – 25 m ²	€ 55,21
25 – 50 m ²	€ 51,03
50 – 100 m ²	€ 44,01
> 100 m ²	€ 39,16

Schadstellen 10 cm

€ 71,99
€ 63,74
€ 58,30
€ 51,11

PORR GmbH

Schadstellen 4 cm

10 – 25 m ²	€ 38,21
25 – 50 m ²	€ 34,98
50 – 100 m ²	€ 29,96
> 100 m ²	€ 27,01

Schadstellen 6 cm

10 – 25 m ²	€ 54,15
25 – 50 m ²	€ 49,07
50 – 100 m ²	€ 42,30
> 100 m ²	€ 38,00

Schadstellen 10 cm

€ 69,80
€ 62,71
€ 57,59
€ 49,61

Hofmann GmbH & Co KG

Schadstellen 4 cm

10 – 25 m ²	€ 41,10
25 – 50 m ²	€ 38,50
50 – 100 m ²	€ 35,50
> 100 m ²	€ 29,90

Schadstellen 6 cm

10 – 25 m ²	€ 57,20
25 – 50 m ²	€ 52,20
50 – 100 m ²	€ 45,20
> 100 m ²	€ 40,70

Schadstellen 10 cm

€ 73,90
€ 66,10
€ 61,70
€ 52,20

Swietelsky

Schadstellen 4 cm

10 – 25 m ²	€ 40,63
25 – 50 m ²	€ 37,77
50 – 100 m ²	€ 32,45
> 100 m ²	€ 30,14

Schadstellen 6 cm		Schadstellen 10 cm
10 – 25 m ²	€ 56,08	€ 73,48
25 – 50 m ²	€ 51,77	€ 65,75
50 – 100 m ²	€ 45,19	€ 59,41
> 100 m ²	€ 39,99	€ 50,80

Held & Francke

Schadstellen 4 cm	
10 – 25 m ²	€ 40,30
25 – 50 m ²	€ 36,10
50 – 100 m ²	€ 32,60
> 100 m ²	€ 29,50

Schadstellen 6 cm		Schadstellen 10 cm
10 – 25 m ²	€ 57,45	€ 74,70
25 – 50 m ²	€ 51,15	€ 66,50
50 – 100 m ²	€ 45,90	€ 60,00
> 100 m ²	€ 41,25	€ 53,60

Alle Preise verstehen sich zuzüglich 20 % Mwst.

Beratung:

Vorsitzender: Es gibt Angebote die sich auf Fräsungen von 4 cm, 6 cm oder 10 cm beziehen. Das kann man so noch nicht feststellen, sondern erst bei den Arbeiten an Ort und Stelle. Die Fa. Porr hat sich in allen Bereichen als der Billigstbieter herausgestellt. Er schätzt mit Kosten von ca. € 16.000,-.

Fr. Dr. Wassermair: Sie wird sich der Stimme enthalten. Nicht weil Sie gegen eine Sanierung ist, sondern weil Sie gegen die Vergabemodalitäten ist.

Dr. Gruber: Muss man sich auf eine Kostenspanne einlassen.

Vorsitzender: Man kann es eben noch nicht genau sagen. Er beim Aufmachen sieht man wie weit die Schäden gehen und wie tief dann die Fräsung sein muss.

Dr. Gruber: Er möchte noch dazusagen, dass die Angebote sehr detailliert sind und es richtige Qualitätsangebote sind. Die Angebote sind sehr übersichtlich. Man sollte die Arbeiten aber trotzdem überprüfen.

Ing. Viehböck: Die Überprüfung sollte Hr. Resch machen in Zusammenarbeit mit einem Fachmann. Es gibt Firmen die Wissen wie man eine Asphalttiefe misst. Was die Gewährleistung betrifft muss man sich bewusst sein, dass dies nur Notmaßnahmen sind und wahrscheinlich bis im nächsten Jahr wieder brechen.

Ing. Knierzinger: Er findet es richtig eine Kontrolle zu machen und er glaubt auch, dass es machbar ist die Asphaltstärke zu messen. Hr. Resch muss eben auch bei den Asphaltierungen anwesend sein.

Hr. Paschinger: Er hat sich die Sache auch mit einem Fachmann angeschaut. Bei diesem Angebot sagte der Fachmann der Porr, dass es sich nur um eine Schadensbegrenzung handelt. Normalerweise gehört hier alles aufgefäst und neu asphaltiert. Es bezieht sich dies nicht nur auf den Kirchenplatz sondern auch auf andere Straßenstücke in Aschach.

Hr. Ettl: Er wollte nachfragen, ob diese Preisstaffelung nach Quadratmeter in Summe ist oder nicht.

Ing. Viehböck: Es ist ein Preis. Die Quadratmeter stellen sich aber erst bei der Bearbeitung heraus. Das kann man jetzt noch nicht genau sagen.

Hr. Paschinger: Er möchte nachfragen ob in diesem Angebot die Entfernung der Ausbuchtungen in der Grünauerstraße enthalten sind.

Vorsitzender: Nein.

Ing. Viehböck: Dies ist ein anderes Thema und muss erst besprochen werden.

Hr. Hosiner Herwig: Ihm kommt dies ein Bisschen komisch vor. Wer bestimmt ob eine Fleck mit 4 oder 6 cm aufgefräst werden muss. Denn dann kann die Fa. Auch sagen wir Fräsen überall 10 cm auf und verrechnen den vollen Betrag der Gemeinde.

Ing. Buchroithner: Das kann man nicht sagen. Man muss erst aufmachen, damit man den ganzen Schaden sieht.

Ein Mitarbeiter der Gemeinde muss dabei sein und die Firma Fräst ohne Anwesenheit dieses Mitarbeiters gar nichts auf, dieser muss dies eben kontrollieren.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass das Straßenbauprojekt „Sanierung Frostschäden“ an den Bestbieter Fa. Porr vergeben wird.

Abstimmungsergebnis:

Hr. Hude, Fr. Schnell, Fr. Bachmayer und Fr. Dr. Wassermair enthalten sich der Stimme.

Alle übrigen Gemeinderäte stimmen für diesen Antrag.

ENDE TOP 7

Punkt 8) Kenntnisnahme der AVZ-Mietvereinbarung

Bericht des Vorsitzenden:

In der Kulturausschusssitzung am 29.03.2006 wurde eine Mietordnung sowie eine Mietvereinbarung für das AVZ überarbeitet und soll nun vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen werden.

Nachdem in der Mietordnung unter Pkt 4) steht, dass der Schlüssel für das AVZ gegen eine Kautions von € 100,-- auf dem Gemeindeamt erhältlich ist, wurde die Tarifordnung 2006 auch dahingehend erweitert und der Pkt „Kautions“ in die Tarifordnung hineingegeben.

Die Tarifordnung 2006 für das AVZ müsste daher noch einmal genehmigt werden.

Beratung:

Ing. Buchroithner Gerhard: Es wurde schriftlich zusammengefasst was für Rahmenbedingungen für eine Vermietung des AVZ wichtig ist. Es geht darum, dass jeder Anmieter detailliert weiß, was er zu erledigen hat. Weiters wurde in der Tarifordnung geändert, dass der jeweilige Mieter auch eine Kautions zu hinterlegen hat. Diese bekommt er nach ordnungsgemäßer Abnahme wieder zurück. Dies wurde im Kulturausschuss so beschlossen.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass die Tarifordnung 2006 für das AVZ mit der Änderung „Kautions“ genehmigt wird.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird vom Gemeinderat mit einem Handzeichen einstimmig angenommen.

ENDE TOP 8

Punkt 9) Beratung und Beschlussfassung der

a) Verordnung betreffend der Festsetzung eines Sitzungsgeldes für die Teilnahme an

Sitzungen des Gemeindevorstandes, des Gemeinderates und der Ausschüsse

b) Verordnung betreffend der Festsetzung einer erhöhten

Aufwandsentschädigung

für Vizebürgermeister und Fraktionsobmänner/-obfrauen

Bericht des Vorsitzenden:

Nachdem wiederholt an das Land OÖ bezüglich Entschädigung für Gemeindefunktionäre Fragen gestellt wurden, wurde mit Schreiben vom 26.01.2006 AZ: Gem-020.619/64-2006-Ra eine Zusammenfassung der Entschädigung für Gemeindefunktionäre gemacht.

Nachdem von seiten der Gemeindegkanzlei nicht nachvollziehbar war, welche Verordnungen es bei den einzelnen Entschädigungen gibt, wird vom Land vorgeschlagen, die in Frage kommenden Entschädigungen zu verordnen.

a) Verordnung betreffend der Festsetzung eines Sitzungsgeldes für die Teilnahme an Sitzungen des Gemeindevorstandes, des Gemeinderates und der Ausschüsse.

Verordnung

des Gemeinderates der Marktgemeinde Aschach an der Donau vom 24.04.2006 betreffen die Festsetzung eines Sitzungsgeldes für die Teilnahme an Sitzungen des Gemeindevorstandes, des Gemeinderates und der Ausschüsse.

Auf Grund des § 34 Abs. 5 der OÖ. Gemeindeordnung 1990, LGBl. Nr. 91 idgF. wird verordnet:

§ 1

Anspruchsberechtigte

- (1) Für die Teilnahme an Sitzungen des Gemeindevorstandes, des Gemeinderates und der Ausschüsse haben Mitglieder des Gemeindevorstandes und Mitglieder (Ersatzmitglieder) des Gemeinderates Anspruch auf ein Sitzungsgeld.
- (2) Ausgenommen vom Anspruch auf ein Sitzungsgeld sind Mitglieder des Gemeindevorstandes und Mitglieder des Gemeinderates, denen eine Aufwandsentschädigung nach den Bestimmungen des § 34 Abs. 1 bis 4 OÖ. Gemeindeordnung 1990 oder ein Bezug im Sinne des OÖ. Gemeinde-Bezügegesetzes 1998 gebührt.

§ 2

Höhe des Sitzungsgeldes

Das Sitzungsgeld beträgt (1 % - 3 %)

- (1) für Sitzungen des Gemeinderates derzeit 1,5 %
- (2) für Sitzungen des Gemeindevorstandes derzeit 1,5 %
- (3) für Sitzungen der Ausschüsse derzeit 1,5 %

(4) für den Obmann (Obmann-Stellvertreter) eines Ausschusses für die Vorsitzführung in

Einer Sitzung des betreffenden Ausschusses derzeit 3 %

des Bezuges des Bürgermeisters gemäß § 2 Abs. 1 des Oö. Gemeinde-Bezügegesetzes 1998 für einen nicht hauptberuflichen Bürgermeister.

§ 3 Auszahlung

Das Sitzungsgeld wird vierteljährlich im nachhinein bis spätestens 10. des darauffolgenden Monats ausbezahlt.

§ 4 Inkrafttreten

- (1) Diese Verordnung tritt mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.
- (2) Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung treten alle bisherigen Verordnungen des Gemeinderates betreffend die Festsetzung von Sitzungsgeldern für die Teilnahme an Sitzungen des Gemeindevorstandes, des Gemeinderates sowie der Ausschüsse außer Kraft.

Der Bürgermeister:

- b) Verordnung betreffend der Festsetzung einer erhöhten Aufwandsentschädigung für Vizebürgermeister

Verordnung

des Gemeinderates der Marktgemeinde Aschach an der Donau vom 24.04.2006
betreffen die Festsetzung einer erhöhten Aufwandsentschädigung für
Vizebürgermeister.

Auf Grund des § 34 Abs. 3 der OÖ. Gemeindeordnung 1990, LGBl. Nr. 91 idgF. Wird
verordnet:

§ 1 Anspruchsberechtigte

- (1) Für die Besorgung wichtiger Aufgaben wird für Vizebürgermeister eine erhöhte Aufwandsentschädigung festgesetzt.

§ 2 Höhe der Aufwandsentschädigung

- (1) Die Aufwandsentschädigung beträgt für den Vizebürgermeister, dem das Referat Soziales zugeteilt wurde, 20 % des Bezuges des Bürgermeisters gemäß § 2 Abs. 1 des Oö Gemeinde-Bezügegesetzes 1998 für einen nicht hauptberuflichen Bürgermeister.
- (2) Die Aufwandsentschädigung beträgt für das Gemeindevorstandsmitglied, dem das Referat „Fraktionsobmann/obfrau“ zugeteilt wurde 15 % des Bezuges des Bürgermeisters gemäß § 2 Abs. 2 des Oö. Gemeinde-Bezügegesetzes 1998 für einen nicht hauptberuflichen Bürgermeister.

§ 3

Anfall, Einstellung und Auszahlung der Aufwandsentschädigung

- (1) Der Anspruch auf die Aufwandsentschädigung beginnt mit dem Tag der Angelobung, frühestens jedoch mit dem Tag der Übertragung der wichtigen Aufgaben, die die Zuerkennung einer Aufwandsentschädigung rechtfertigen, und endet mit dem Tag des Ausscheidens aus der Funktion bzw. dem Tag des Wegfalls der Übertragung. Beginnt bzw. endet die Funktion nicht mit einem Monatsersten, ist die Aufwandsentschädigung tageweise abzurechnen.
- (2) Scheidet ein Mitglied des Gemeindevorstandes bzw. der Vizebürgermeister durch Tod aus seiner Funktion aus, gebührt die Aufwandsentschädigung bis zum Ende des betreffenden Monats.
- (3) Der Anspruch auf die Aufwandsentschädigung ruht, wenn das Mitglied des Gemeindevorstandes bzw. der Vizebürgermeister seine Funktion durch einen Zeitraum von mehr als drei Monaten, im Krankheitsfall durch einen Zeitraum von mehr als einem Jahr, nicht ausübt. Das Ruhen des Anspruches wird mit dem auf die Vollendung des jeweiligen Zeitraums folgenden Monatsersten wirksam und endet mit dem Ablauf des Monats, der der Wiederaufnahme der Funktionsausübung vorangeht.

Während des Bezuges der Aufwandsentschädigung für die Vertretung des Bürger-Meisters gemäß § 34 Abs. 6 Oö. GemO 1990 ruht die dem Vizebürgermeister gebührende Aufwandsentschädigung.

- (4) Soweit nichts anderes bestimmt ist, sind § 6 Abs. 1 bis 3, § 7 Abs. 1, 3 und 4, § 13 a und 13 b des Oö. Landes-Gehaltsgesetzes sinngemäß anzuwenden.

§ 4

Inkrafttreten

- (1) Die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung beginnt mit dem Ersten jenes Monats, der dem Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist folgt.
- (2) Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung treten alle bisherigen Verordnungen des Gemeinderates über die Festsetzung einer Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Gemeindevorstandes bzw. für Vizebürgermeister außer Kraft.

Der Bürgermeister:

Beratung:

AL: Sie erklärt kurz die vorliegenden Punkte.

Mag. Haider Roman: Wird über beide Verordnungen jetzt abgestimmt? Denn über die zweite Verordnung hätte er gerne noch gesprochen.

Wenn dieser Punkt wirklich so heißen würde ... betreffend die Festsetzung einer erhöhten Aufwandsentschädigung für Vizebürgermeister und Fraktionsobmänner/Frauen hätte er nichts dagegen.

Im § 2 Abs. 2 steht, „die Aufwandsentschädigung beträgt für das Gemeindevorstandsmitglied...“. Es sind aber nicht alle Fraktionsobleute automatisch Gemeindevorstandsmitglieder.

Fr. Dr. Wassermair: Hr. Ing. Hosiner ist zwar Fraktionsobmann aber keine Gemeindevorstandsmitglied.

Hr. Ettl Paul: Man kann dieses Problem sehr leicht lösen wenn man den Satz dahingehend ändert, dass es nicht Gemeindevorstandsmitglied sondern Gemeinderatsmitglied heißt.

Fr. AL Greinöcker verliest die neue Version dieser Verordnung. ...Die Aufwandsentschädigung beträgt für das Gemeinderatsmitglied, dem das...

a) Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass die Verordnung betreffend der Festsetzung eines Sitzungsgeldes für die Teilnahme an Sitzungen des Gemeindevorstandes, des Gemeinderates und der Ausschüsse beschlossen wird.

Abstimmungsergebnis:

Die Verordnung wird mit einem Handzeichen einstimmig angenommen.

b) Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass die Verordnung betreffend der Festsetzung einer erhöhten Aufwandsentschädigung für Vizebürgermeister, Fraktionsobmänner und Frauen beschlossen wird.

Abstimmungsergebnis:

Die Verordnung wird mit Handzeichen einstimmig vom Gemeinderat angenommen.

ENDE TOP 9

Punkt 10) Beratung und Beschlussfassung wegen der Beantragung einer Einbahnregelung für die Hiermannstraße

Bericht des Vorsitzenden:

Nachdem in der Hiermannstraße (vor dem Pfarrzentrum) Schrägparkplätze errichtet werden, wurde im Bauausschuss überlegt, dass die Hiermannstraße zu einer Einbahnstraße umfunktioniert werden soll.

Die Einbahnstraße soll vom Pfarrzentrum in Richtung SPAR-Parkplatz führen und beim SPAR-Parkplatz in die Sommerberg-Gemeindestraße einmünden.

Beratung:

Mag. Haider Roman: Normalerweise sind wir Prinzipiell gegen Einbahnen die Ortsauswärts führen. In diesem Fall sehen wir aber ein, dass es hier nicht anders geht. Allerdings wird der Meinung, dass die Einbahn nicht bis zum Sparparkplatz führen muss. Es reicht bis zum Haus Riegler bzw. Jungwirth.

Dr. Josef Gruber: Es wurde auch in der Fraktion diskutiert warum die Einbahnstraße hinaus verläuft und nicht herein. Sie sind auch dafür, dass die Einbahnstraße bis zum Haus Jungwirth reichen würde.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass die Einbahnregelung in der Hiermannstraße vom Pfarrzentrum in Richtung Einfahrt Parkplatz Einfalt ausgearbeitet werden soll und an die Bezirkshauptmannschaft weitergeleitet werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird vom Gemeinderat mit einem Handzeichen einstimmig angenommen.

ENDE TOP 10

Punkt 11) Beratung und Beschlussfassung der Verordnung betreffend versetzen der Halteverbotstafeln beim Kurzwernhartplatz (Cafe Platzl)

Bericht des Vorsitzenden:

Nachdem es beim Kurzwernhartplatz (Cafe Platzl) und in weiterer Folge bei der Apotheke trotz Halteverbotstafeln zu Verkehrsbeeinträchtigungen kommt, sollen die derzeitigen Halteverbotstafeln durch eine Verordnung versetzt werden.

Beratung:

Vorsitzender: Es hat im Bauausschuss Diskussionen über die Eisboxen und die Fahrräder vom Radshop gegeben. Es gibt schon seit längerer Zeit klagen von Bürgern, dass man nicht richtig vorbeigehen kann, wenn vor der Eisbox Leute stehen. Es gab Gespräche mit Hrn. Jomrich. Für ihn wäre es unmöglich die Eisboxen auf die andere Straßenseite zu bringen um dort zu verkaufen, da es von der Personellen Besetzung nicht geht. Er möchte sie gern dort lassen und hat versprochen keine Sonnenschirme aufzustellen. Er wird sich um eine andere Lösung erkundigen. Das Problem ist wenn in dem Bereich Autos parken. Er schlägt vor, die Tafel um zwei Parkplätze nach hinten zu versetzen. Es wurde auch eine Begehung mit der Polizei durchgeführt (Hr. Scharinger). Auch er würde es begrüßen wenn die Tafel versetzt wird. Weiters wurde die Situation bei der Apotheke und beim Cuba besichtigt. Sie waren mehrmals dort und die meisten Leute die bei der Apotheke stehen, gehen nicht in die Apotheke sondern ins Cuba auf einen Cafe. Man könnte die Tafeln dort entfernen. Personen die Gehbehindert sind dürfen auch so 10 Minuten vor der Apotheke Halten. Es wurde auch mit Fr. Mag. Hultsch bereits darüber gesprochen. Es sollte nun ein komplettes Halte und Parkverbot beginnen bei der Brunnengasse mit zum Einfalt ausgesprochen werden.

Hr. Ettl Paul: Nachdem es ihn direkt trifft begrüßt er die Verlegung dieser Halteverbotstafeln bzw. die Errichtung einer sinnvollen Regulierung. Die Regelung beginnt zwar vor der Alurampe, hört aber nirgends auf. Es sollte auch eine Ende Tafel dort sein. Auf den jetzigen tafeln steht Be und Entladen. Dies sollte auch behalten werden, dass die Geschäfte auch Ausladen können. Denn sonst muss dieser Wagen in zweiter Spur ausladen und die Verkehrsbehinderung ist wieder da. Das Hauptproblem an der ganzen Parkplatzsituation ist nicht, dass man keinen Parkplatz findet, sondern dass man dort nicht stehen bleiben darf um Einkäufe zu entladen.

Er möchte noch etwas nachfragen. Es wurde im Vorjahr in einer Vorstandssitzung die Anfrage behandelt worden der neuen Eisdielen für einen Übergang. Diese wurde abgelehnt mit dem Zusatz, dass auch andere Wirte die Blumentröge nicht mehr bewilligt bekommen. Der Brief ging aber anscheinend nicht hinaus und die Blumentröge stehen wieder. Wie geht es hier weiter? Diese Tröge nehmen nämlich gleich zwei Parkplätze weg.

Vorsitzender: Es wird in nächster Zeit der ganze Ort nachmarkiert unter anderem auch die Übergänge zu den Gastgärten. Die Besitzer der Gastgärten werden darauf aufmerksam gemacht, dass die Tröge innerhalb der Markierung stehen müssen. Es genügt ein Durchgang von einem Meter breite. Man muss die Gastwirte eben immer wieder daran erinnern, dass sie nicht zu weit auseinander gerückt werden. Der Übergang zum Gastgarten Roma und Cuba kann man auch für ein Jahr beschließen und genehmigen mit der Auflage, dass die Tröge innerhalb der Markierung sein müssen.

Fr. Dr. Wassermair: Sie möchte fragen, warum man Beschlüsse nicht umsetzt. Es wurde im Gemeindevorstand beschlossen, dass die Tröge nicht mehr aufgestellt werden dürfen. Und jetzt stehen die Tröge wieder und man spricht von Befristungen.

Vorsitzender: Die Gewerbebehörde (Arbeitsgericht) hat vorgeschrieben, dass zum Schutz der Kellner und Besucher die die Straßen queren Tröge aufgestellt werden sollen. Er wird nachschauen ob es einen Beschluss gibt. Er kann sich an eine Diskussion erinnern.

Fr. Dr. Wassermair: Sie wird in Zukunft über alles eine Abstimmung verlangen, denn man macht was aus und dann geschieht nichts. Es ist irgendwann wieder ein Thema und dann wird in eine ganz andere Richtung entschieden.

Dr. Gruber: Wenn ein Beschluss da ist muss man ihn natürlich auch ausführen. Auf der anderen Straßenseite beim Eingang zum Garten, muss man auf jeden Fall etwas freihalten. Wenn man von der rechten Seite weggeht wie es beim Einfalt ist, sieht er nicht ein, dass dort Tröge aufgestellt werden. Beim Gastgarteneingang muss für die Sicherheit des Überganges gesorgt werden.

Hr. Hude Georg: Er möchte wissen, wo die Tafel genau hinkommt. Denn man müsste Sie eigentlich vorm Einfalt hinstellen, denn dieser verkauft auch Eis.

Mag. Haider Roman: Das hat mit dem nichts zu tun, denn beim Einfalt ist die Eistruhe im Gebäude drinnen situiert. Und bei ihm ist daher immer Platz.

Es wäre eigentlich auch beim Jomrich kein Problem, denn dieser hat auch große Fensterscheiben dort wo er mit einem kleinen Umbau die Eistruhen auch hinein verlagern könnte.

Hr. Hude Georg: Die Tröge stehen auch dort wenn sie nicht gebraucht werden z.B. beim Regen. Es gibt auch verschieden Tröge. Könnte man da nicht Einheitströge vorschreiben?

Hr. Ettl Paul: Beim Einfalt sieht es momentan so aus, dass er vor dem Geschäft die Markierung hat und dort steht dann auch ein Trog. Der zweite Trog steht dann 2 Meter nach der Markierung also ein Zwischenraum von ca. 4 Meter. Hr. Einfalt begründet dies damit, dass er aus dem Geschäft zwei Ausgänge hat.

Hr. Dr. Gruber: Im Bauausschuss wurde auch darüber gesprochen, dass bei den Schrägparkplätzen bei der Apotheke die Bepflanzung entfernt wird und dort nur Bodendecker gesetzt werden. Man kann mit den Autos dann näher zufahren und es würde auch eine Entschärfung des Verkehrs darstellen.

Fr. Dr. Wassermair: Für Sie wäre es wesentlich, dass der Gehsteig für die Bevölkerung im Bereich Platzl und Radshop frei ist. Wenn man z.B. Fr. Gruber mit ihrem Gehbock beobachtet wie die gehen muss, dann ist das eine Zumutung. Sie sieht es nicht ein, dass die Gemeinde unheimliche Anstrengungen und Geldausgaben hat, dass man auf der einen Seite Platz kriegt und auf der einen Seite der Platz fehlt. Eine Gehsteigverbreiterung auf der Seite wie es dem Hrn. Bürgermeister vorschwebt, ist für sie indiskutabel weil wenn man von oben herunterkommt, kann man überhaupt nicht mehr richtig in die Straße einfahren. Man kann den Kreuzungsbereich nicht enger machen. Also müssen die Gewerbetreibenden Rücksicht nehmen und Sie findet die Umbaumöglichkeit beim Platzl mit dem Fenster als gute Lösung.

Vorsitzender: Wenn man bei der Engstelle die Autos wegbringt sieht er kein Problem, dass die Autos in die Kreuzung einfahren. Und er weis nicht was einer möglichen Verbreiterung entgegensteht.

Fr. Dr. Wassermair: Wenn man mit der Schnauze rundum ist, ist man mitten in der Kreuzung wenn nicht schon auf der anderen Spur. Aber damit soll sich der Bauausschuss beschäftigen.

Hr. Ettl Paul: Er möchte eine Konkretisierung des Antrages. Wo genau kommt die Tafel hin.

AL Greinöcker: Versetzung der Halteverbotstafel vom Beginn Brunnengasse mit zum Haus Einfalt:

Hr. Ettl Paul: Kann man so konkretisieren, dass vom Ausgang Einfalt wo markiert ist noch ein Parkplatz frei bleibt.

Mag. Haider Roman: Bei der Eingangstüre vom Hrn. Ettl sollte das Schild stehen.

Hr. Ettl Paul: Ja. Beim Eingang zum Haus Kurzwernhartplatz 11. Mit dem Zusatz Be und Entladen erlaubt.

Ing. Viehböck: Die Tafel sollte dort stehen wo sich die beiden Häuser von Hrn. Berger treffen. (Kurzwernhartplatz 9 und 11)

Fr. Pröhl soll eine Verordnung vorbereiten und dann kann man im Bauausschuss über einen genauen Standort diskutieren.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass eine Verordnung betreffend Versetzung der Halteverbotstafeln erstellt und diese auch beschlossen wird.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

ENDE TOP 11

Punkt 12) Beratung und Beschlussfassung betreffend Vergabe der Kanalwartung an WDL

Bericht des Vorsitzenden:

In der Vorstandssitzung am 03.04.2006 wurde über die Übernahme der Kanalwartung durch die WDL beraten.

Von Seiten des Gemeindevorstandes wird die Variante B:

Leistungserbringung durch Gemeinde mit Unterstützung WDL € 7.727,--/jährlich vorgeschlagen.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass die Variante B zum Preis von € 7.727,-- für die Kanalwartung an die WDL vergeben wird.

Abstimmungsergebnis:

Hr. Knierzinger enthält sich der Stimme.

Alle übrigen Gemeinderäte stimmen mit einem Handzeichen für diesen Antrag.

ENDE TOP 12

Punkt 13) Nachwahl für den ausscheidenden Gemeinderat Herrn Hannes Wipplinger in den Prüfungsausschuss

Bericht des Vorsitzenden:

Herr Hannes Wipplinger hat mit Schreiben vom 20.03.2006 auf sein Mandat verzichtet. Da Herr Hannes Wipplinger im Prüfungsausschuss als Obmann-Stellvertreter tätig war, ist es notwendig ein Gemeinderatsmitglied in den Prüfungsausschuss nachzuwählen. Dies hat mittels Fraktionswahl der SPÖ zu erfolgen. Seitens der SPÖ wurde ein schriftlicher Wahlvorschlag eingebracht.

Laut § 91 a GemO steht folgendes unter Pkt 3.

(3) Der Gemeinderat beschließt, welcher Fraktion das Vorschlagsrecht für den Obmann und den Obmann-Stellvertreter des Prüfungsausschusses zukommt. Wenn mehr als zwei Fraktionen im Gemeinderat vertreten sind, darf der Obmann (Obmann-Stellvertreter) des Prüfungsausschusses weder der Fraktion, die den Bürgermeister stellt, noch der an Mandaten stärksten Fraktion angehören;

Dass heißt, dass die SPÖ-Fraktion nicht wie bisher den Obmann-Stellvertreter stellen darf. Nachdem bei der konstituierenden Sitzung der GRÜNEN Fraktion der Obmann-Stellvertreter angeboten wurde, diese jedoch verzichtet hatten, wurden sie von seiten der Gemeindeganzlei noch einmal gefragt, ob sie den Obmann-Stellvertreter annehmen werden.

Frau Dr. Wassermair erklärte, dass die GRÜNE Fraktion im Prüfungsausschuss einen Wechsel vornehmen werden und daher auch den Obmann-Stellvertreter stellen werden. Seitens der GRÜNEN Fraktion wurde ein schriftlicher Wahlvorschlag eingebracht.

Beratung:

Antrag des Vorsitzenden:

Die Fraktionsmitglieder der SPÖ sollen Hrn. Schöppl Alfred laut vorliegendem Wahlvorschlag in den Prüfungsausschuss wählen.

Abstimmungsergebnis:

Dieser Wahlvorschlag wird von den Fraktionsmitgliedern einstimmig angenommen.

Antrag des Vorsitzenden:

Die Fraktionsmitglieder der GRÜNEN sollen Hrn. Paul Ettl laut vorliegendem Wahlvorschlag als Obmann-Stellvertreter in den Prüfungsausschuss wählen.

Abstimmungsergebnis:

Dieser Wahlvorschlag wird von der GRÜNEN Fraktion einstimmig angenommen.

ENDE TOP 13

Punkt 14) Kenntnisnahme

- **Neuer Fraktionsvorsitzender-Stellvertreter der SPÖ Aschach**
- **Neuer Zeichnungsberechtigter – Ersatz der SPÖ Aschach**

Bericht des Vorsitzenden:

Herr Hannes Wipplinger hat mit 20.03.2006 seine Funktion als Fraktionsvorsitzender-Stellvertreter und als Gemeinderat zurückgelegt.

Seitens der Sozialdemokratischen Partei wird als Fraktionsvorsitzender-Stellvertreter Herr Zinnagl Robert namhaft gemacht.

Neuer Zeichnungsberechtigter-Ersatz der SPÖ Aschach wird Herr Alfred Schöppl.

Um Kenntnisnahme des Gemeinderates wird gebeten.

ENDE TOP 14

**Punkt 15) Flächenwidmungsplan Nr. 2 und Örtliches Entwicklungskonzept Nr. 1;
Umwidmung
des Schulareals von Wohngebiet in SO Schule und Veranstaltungszentrum;
Fassung eines nachträglichen (Grundsatz)Beschlusses für die Änderung Nr. 25**

Bericht des Vorsitzenden:

Die Marktgemeinde Aschach an der Donau hat mit Schreiben vom 07.11.2005 die vom Gemeinderat am 27.06.2005 beschlossenen Pläne und die entsprechenden Unterlagen dem Land Oberösterreich vorgelegt. Dies war notwendig, da die Landesregierung gemäß den Bestimmungen des OÖ. Raumordnungsgesetzes 1994, LGBl. Nr. 114/1993 i.d.g.F. für die Genehmigung der Flächenwidmungspläne zuständig ist.

Im Zuge dieser Überprüfung unserer Pläne bzw. Unterlagen hat die zuständige Behörde festgestellt, dass die oa. Umwidmung (Umwidmung der Parzellen 499/14, 487/5 und .526 von Wohngebiet in Sonderwidmung Schule und Veranstaltungszentrum) nicht Bestandteil des damaligen Grundsatzbeschlusses des Gemeinderates war und daher bis jetzt nicht behandelt wurde. Dies wurde uns im Zusammenhang mit der Mitteilung von Versagungsgründen mit Schreiben vom 27.02.2006, AZ: BauR-P-023061/3-2006-Els mitgeteilt.

Beratung:

Mag. Haider Roman: Ist man sich sicher, dass wenn die Schulwartwohnung keinem Schulwart gegeben wird, dies trotzdem umgewidmet werden kann.

Ing. Viehböck: Es ist eine Gebietswidmung und hat damit nichts zu tun. Es stellt also kein Problem dar.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass der Gemeinderat den nachträglichen Beschluss für die Änderung Nr. 25 bzw. deren Umwidmung beschließen möge.

Abstimmungsergebnis:

Dieser Antrag wird mit Handzeichen einstimmig angenommen.

ENDE TOP 15

Punkt 16) Beratung und Beschlussfassung der Statuten Regionalforum Wels-Eferding

Bericht des Vorsitzenden:

Der Grundsatzbeschluss über die Teilnahme am Regionalforum Wels-Eferding wurde in der letzten Gemeinderatssitzung beschlossen.

In der Bürgermeisterkonferenz am 4.4.2006 wurde vereinbart, dass die Statuten von den Gemeinderäten mit den endgültigen Beitrittsbeschluss zu genehmigen sind.

Bezüglich Mitgliedsbeitrag für die Gemeinden obliegt die Beschlussfassung der Generalversammlung. Auszugehen ist aber, wie angekündigt, von einem Betrag in Höhe von € 0,50 je Einwohner und Jahr.

Der Sitz des Vereines wird möglicherweise Buchkirchen oder Krenglbach werden.

Die Statuten liegen in der Gemeinderatsmappe auf.

Beratung:

Hr. Dr. Gruber Josef: Es wurde damals besprochen, dass das Büro in Eferding bleiben soll. Ist das jetzt nicht möglich?

Vorsitzender: Es ist noch nicht ganz entschieden aber es ist durchgeklungen, dass es nicht in Wels ist und es wird eben Buchkirchen oder Krenglbach besprochen. Es wird sich natürlich auch nach der Einwohnerzahl der Bezirke richten. Er wird es den Verhandlern nochmals mitteilen das Eferding bevorzugt werden soll.

Ing. Buchroithner: Der Sitz des Vereines in Buchkirchen ist auch nur ein Kompromiss. Es ist noch nicht gesagt, dass es kein Büro in Eferding geben könnte. Denn es wird über den Sitz des Vereines diskutiert, wo die Büros dann sind ist eine andere Sache.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass die vorliegenden Statuten Regionalforum Wels-Eferding beschlossen werden.

Abstimmungsergebnis:

Fr. Bachmayer enthält sich der Stimme.

Alle übrigen Gemeinderäte stimmen mit einem Handzeichen für diesen Antrag.

ENDE TOP 16

17. Bericht des Bürgermeisters

- Die WDL liefert uns einen monatlichen Bericht über den Wasserverbrauch. Es gab einen gewissen Anstieg im Jänner. Dies war darauf zurückzuführen, dass am Schopperplatz bei der Infostelle einen Rohrbruch hatten. Auch am Sportplatz gab es einen Frostschaden bei den Leitungen. Der Wasserverbrauch hat sich nunmehr aber wieder eingependelt.
- Beim Schopperplatz gibt es einen Kostenvoranschlag von ca. € 14.000,- bei der Reparatur der Heizung im Heizhaus Tischlerei Spektrum, weil dort die Heizung abgefroren ist. Wie man damit umgeht weiß er noch nicht.

Ing. Viehböck: Zum Thema Heizungssanierung möchte er mitteilen, dass dort das Öl ausgegangen ist und soweit er informiert ist war bereits jemand von der Versicherung an Ort und Stelle und hat den Schaden besichtigt. Die Kosten sind von der Versicherung gedeckt. Er muss aber dazu sagen, dass die Heizungsanlage nicht mehr dem Stand der Technik entspricht. Man müsste überlegen ob man nicht eine neue Anlage einbauen lässt. Es ist z.B. noch eine Absaugung für Sägespäne darin vorhanden, die aber nicht mehr gebraucht wird.

Ing. Buchroithner: Man muss zuerst definieren was man dort oben machen will bevor man etwas investiert.

Vorsitzender: Dies wäre auch sein Wunsch, dass sich die Schopperplatzgruppe wieder trifft. Hr. Vieswader erwartet eine Antwort von der Gemeinde.

Ing. Buchroithner: Es wurde bereits vor einiger Zeit gesagt, dass er eventuell den kleinen Raum haben kann wo der Verein Spektrum drinnen ist. Es ist der Raum wo die Musik drinnen ist.

Es ist aber auch zu klären warum Hr. Vieswader bereits die Adresse Schopperplatz 2 verwendet, obwohl er noch keine offizielle Zusage hat. Er hat mit dieser Adresse auch das Projekt beim REGEF eingereicht. Will man ihm diesen Raum genehmigen.

Fr. Dr. Wassermair und Hr. Mag. Haider Roman bestätigen, dass im Vorstand bereits über die Adresse gesprochen wurde, weil er zur Beantragung beim REGEF eine Adresse brauchte.

Es geht darum, dass Herr Vieswader bereits seit eineinhalb Jahren mit der Adresse Schopperplatz 2 den Verein führt. Im Herbst oder Winter letzten Jahres hat er den Bürgermeister schriftlich aufgefordert, dass man ihm dies bestätigt. Und nun ist die Frage ob dies erfolgt ist oder nicht und ob man das will. Die Vereinsstatuten liegen vor.

Paschinger Franz: Er hätte eine Frage zur Schopperplatzgruppe. Die Feuerwehr hat regelmäßig in den letzten zwei Jahren Geld für Strom überwiesen. Den Strom kann die Feuerwehr gar nicht verbrauchen was man bezahlt hat. Es wird soviel über dieses Areal diskutiert und er möchte wissen wer für was zuständig ist und wer Ansprechpartner ist. Warum werden nicht die ansässigen Vereine wie Mückenstich, Feuerwehr und Spektrum einmal eingeladen damit man über die Aufteilung reden kann.

Ing. Buchroithner: Die Gruppe braucht von der Gemeinde einen klaren Auftrag und dann kann man das machen.

Vorsitzender: Es gab bereits den Auftrag den technischen Istzustand zu erheben. Wo sind die Wasserleitungen, wo sind die Stromleitungen. Es war an Hrn. Ing. Hosiner ein rein technischer Auftrag zur Erhebung um zu wissen wer z.B. einen Strom- oder Wasserzähler hat.

Man kann aber jederzeit die Vereine einladen um darüber zu reden wer wo drinnen ist.

Ing. Buchroithner: Hr. Viesvater wollte etwas was ihm die Gemeinde nicht geben will. Denn er wollte dort oben einen Raum wo er eine Gastronomie einrichten kann. Das will aber die Gemeinde nicht, dass er die Busse dort hinleitet, verköstigt, eine Runde mit dem Boot fährt und dann fahren die Gäste wieder nach Hause. Er hat damals auch gesagt, dass das Schiff schon fast da ist. Er weis nicht ob er den Raum überhaupt noch braucht.

Vorsitzender: Er gibt nun den Auftrag an die Schopperplatzgruppe sich mit allen Gruppen oder Vereinen die dort oben was Veranstalten, zusammensetzen und ein Gespräch zu führen und bittet um einen Bericht in der nächsten Gemeindevorstandssitzung.

- Der Vorsitzende berichtet über das Jugendprojekt Teens open Space am Schulsportplatz. Das Problem ist, dass momentan nichts weitergeht. Es wird allgemein angesprochen, dass dieses Projekt nicht nur für die jetzigen Jugendlichen ist, sondern auch laufend welche nachkommen die es nützen können.

Vom REGEF Eferding gibt es eine Einladung zur Eröffnung am 10. Juni 2006. Wen kann man als Ansprechperson namhaft machen? Hängt es mit dem Kulturausschuss zusammen?

Ing. Buchroithner: Das stimmt nicht. Der Auftrag kam vom Bürgermeister an den Kulturausschuss. Hr. Ing. Buchroithner gab damals bereits bekannt, dass dies aus terminlichen Gründen nicht geht. Denn wenn Bauarbeiten sind kann er z.B. nicht kontrollieren ob das passt, weil er einfach von der Firma nicht weg kann.

Es entsteht hierüber eine längere Diskussion.

Es wird angesprochen, dass der Bauhof mitarbeiten soll. Fr. Amtsleiter Greinöcker teilt mit, dass dies mit der momentanen Besetzung nicht möglich ist.

Hr. Ing. Buchroithner teilt mit, dass es ausgemacht war, dass die Jugendlichen Ihre Freiräume selbst gestalten und auch mitarbeiten.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Jugendlichen nur darauf warten einen Auftrag zu bekommen, was Sie machen können. Von alleine werden Sie nicht arbeiten, weil Sie auch gar nicht wissen was zu tun ist.

Hr. Hosiner Herwig: Warum beauftragt man nicht einen Baumeister mit der Fertigstellung dieses Projektes.

Der Vorsitzende teilt mit, dass aufgrund des Zeitdruckes das Projekt nicht so ausgeführt wird wie geplant. Er würde den Platz nur mit Brettern auslegen und dann ein Sechseck ausschneiden. Und dort die Sitzbretter hinaufschrauben.

Hr. Paschinger fragt an ob das Holz bereits gekauft wurde. Er redet mit einer Firma ob die dieses Holz sponsern kann.

Hr. Ing. Buchroithner teilt mit, dass die geplante Ausführung keine Nacht mit Vandalen überstanden hätte.

- Der Vorsitzende teilt mit, dass morgen um 18.00 Uhr eine Besprechung mit Aschach Innovativ. Es ist jeder herzlich dazu eingeladen. Es wird die Nutzungsvereinbarung bezüglich dem Jugendraum im AVZ durchbesprochen. Es wurde ein Schlüssel bestellt, der nur den Zugang sperrt und nicht alles im AVZ. Es wurde ein Licht montiert und am nächsten Tag wurde diese Lampe bereits wieder zerstört. Aber gegen diesen Vandalismus ist man einfach machtlos. Es wird mit der Gruppe Aschach Innovativ auch darüber sprechen,

dass Sie sich um das Projekt Tennes open Space kümmern werden. Dieser Vorschlag kam von Hrn. Wöss.

- Der Vorsitzende teilt mit, dass es bei der WDL einen Eigentümerwechsel gab. Neuer Eigentümer ist nunmehr die Energie AG. Für die Gemeinde ändert sich dadurch nichts am Vertrag und auch nicht an den Kosten. Es ändert sich in den Personen etwas. Hr. Daill der bis jetzt die Gemeinde betreut hat, geht wieder zurück zur Linz AG. Hr. Breitschopf bleibt derzeit bei der WDL und wird uns auch weiter betreuen.
- Der Vorsitzende teilt mit, dass er ein Angebot eingeholt hat bezüglich einer Erweiterung des Energie-Contractings. Er glaubt, dass man für die Optik des Ortes auch was tun sollte. Im Bereich Rathausgasse und Kirchenplatz ist teilweise noch immer die alte Beleuchtung. Weitere Informationen gibt es bei der nächsten Gemeindevorstandssitzung.
- Die Eröffnung der Schiffsanlegestelle findet am 2. Juni um 15.00 Uhr statt. Um 16.00 Uhr wird dazu ein Schiff in Aschach anlegen.
- Vom 21. – 23.9.2006 findet in Wien der Gemeindegtag statt. Wer teilnehmen möchte, sollte dies ehestens bei Fr. AL Greinöcker bekannt geben.
- Fr. Schnell: Zur letzten Bauausschusssitzung hat sie Fotos vom Kobl geschickt. Es sind durch das Schmelzwasser enorme Schäden am Weg entstanden. Laut Hrn. Knierzinger ist dies eine Gemeindestraße. Von Hrn. Resch kam die Auskunft, dass es bei der letzten Bauausschusssitzung behandelt wurde und das der Maschinenring dies beheben wird. Es war aber keine Angebot heute dabei.

Vorsitzender: Es gibt noch keine Angebote, aber es wird erledigt.

Fr. Schnell: Man muss nur mit Schotter auffüllen. Die Arbeiten auf den Felder beginnen jetzt und daher ist es sehr dringend.

Ing. Knierzinger: Er findet es nicht richtig, dass dies ausgelagert wird. Die Gemeinde hat einen Unimog und einen Kran. Er findet, dass dies auch die Gemeindegarbeiter erledigen können.

Vorsitzender: Die Kapazitäten des Bauhofes sind begrenzt. Für ihn ist der Bauhof in erster Linie für die Straßenerhaltung aber nicht für den Straßenneubau zuständig, für die Abfallbeseitigung usw.. Also für die Arbeiten die tagtäglich anfallen. Wenn dann noch Zeit bleibt, kann man auch andere Arbeiten erledigen. Wenn der Bauhof sagt es geht sich aus wird es auch der Bauhof erledigen.

- Fr. Dr. Wassermair: Wir lagern alles aus. Sie sieht den Bauhof selten. Wasser, Elektrizität und um € 3.000,- hängen wir Weihnachtsbeleuchtung auf. Jetzt sind Sie zeitmäßig nicht in der Lage, dass Sie die Straße auffüllen, es werden die Bänke nicht mehr abmontiert um Zeit zu sparen.

Mitte März bei Null Grad wird der Maschinenring ohne Angebot zum Baumschneiden angefordert. Im Vorstand stellte Sie die Anfrage wegen dem Stundenlohn. Sie hat sich inzwischen selber darum gekümmert. Sie hat sich dies überschlagsmäßig ausgerechnet. Wenn z.B. der Vorarbeiter € 32,- in der Stunde ohne Mehrwertsteuer bekommt, wird Sie im nächsten Leben Baumschneider. Dies ist eine Nebensache, aber der Maschinenring verlangt extrem viel. Sie hat ihnen zugeschaut. Sie hatten eine Hebebühne und bei Null Grad haben Sie mit einer kleinen Säge die Äste geschnitten und das 4-5 Stunden pro Baum. Unten hat einer gewartet, bis das ab und zu ein Ast heruntergefallen ist. Die ist eine Baummaniküre. Sie möchte daher vom Vorsitzenden einen genauen Betrag, was die gekostet hat.

Vorsitzender: Er verlässt sich auf das was im Arbeitsbericht steht. Im Arbeitsbericht der seit heuer geführt wird, schreiben die Bauhofarbeiter ihre Tätigkeiten genau an. Er ist aber nicht unglücklich darüber, wenn jemand von den Gemeindefunktionären sagt, dass die Arbeiter nicht anständig arbeiten. Er würde es sogar begrüßen, wenn jemand sagt, er übernimmt praktisch die Oberaufsicht über den Bauhof und kontrolliert angemeldet und unangemeldet die Arbeiten des Bauhofes.

Fr. Dr. Wassermair: Du bist der Bürgermeister, du wirst dafür bezahlt und Du bist der Chef und nicht wir und das wird nicht delegiert.

Vorsitzender: Er ist natürlich der Chef. Aber als Chef ist er nicht der, der laufend wie eine Glucke den Bauhofarbeitern hinterherläuft. Er vertraut den Arbeitern und er liest sich jede Woche am Montag die Arbeitsberichte sehr gut durch. Es steht auch genau drinnen, was erledigt wurde und was nicht. Wenn Sie dem Misstrauen, müssen Sie es eben nachkontrollieren.

Fr. Dr. Wassermair: Sie hängt sich sicher keine Kamera um und kontrolliert das. Ihren Bereich der den Umweltausschuss angeht, hat Sie sehr wohl kontrolliert. Z.b. die Fahrten nach Feldkirchen wo zwei oder drei Arbeiter fahren. Es geht aber nicht so sehr um die Bauhofarbeiter die offenbar ein einfaches Loch nicht füllen können weil Sie keine Zeit haben, sondern es geht ihr um die Auslagerung an den Maschinenring ohne Angebot für über eine Woche mit drei bis vier Leuten. Und Sie möchte nochmals einen genauen Preis wissen.

Vorsitzender: Die Abrechnung für den Baumschnitt, genau aufgelistet nach Stunden mit Entsorgung und allem beträgt € 6.905,40. Die Arbeiter müssen auch die nicht gerade wenigen Stunden vom Winterdienst abbauen und er findet das steht Ihnen auch zu. Er hat sich auch ausgerechnet wenn dies die Bauhofarbeiter machen müssten. Er kommt dabei auf einen Betrag von € ca. 5.200,-. Er hat mit Hrn. Gumplmayr vom Maschinenring bereits gesprochen und er akzeptiert nur einen Betrag in der Höhe, was auch die Bauhofarbeiter gekostet hätten.

Man muss sich von dem Lösen, dass man sagt, dies kostet uns nichts weil ja sowieso die Bauhofarbeiter da sind. Auch dieser Arbeiter kostet was.

Fr. Dr. Wassermair: Aber wesentlich weniger. Es wird alles ausgelagert. Wir haben die FAB. Bei unserer ganzen Auslagerei könnte man leicht einen neuen Arbeiter einstellen.

Dr. Gruber: Wegen dem sind die ganzen Arbeiten auch noch nicht gemacht. Man muss ja auch die dementsprechenden Geräte dazu haben.

Vorsitzender: Heißt das Fr. Dr. Wassermair, dass Sie einen zusätzlichen Arbeiter einstellen wollen?

Fr. Dr. Wassermair: Nein. Aber sie möchte nicht, dass ununterbrochen ausgelagert wird und keine Angebote eingeholt werden, oder dass zwei Personen auf einer Hebebühne stehen und einen ganzen Vormittag an einem Baum schneiden. Sie hat einen Cousin der mit Behinderten zusammenarbeitet und auch diese machen auch Baumschnitt. Diesem hat Sie die Situation gezeigt und dieser sagte er braucht für so einen Baum eine Dreiviertelstunde alleine. Sie ist gespannt was als nächstes ausgelagert wird. Wir haben kein Geld und sind sowieso schon Abgangsgemeinde und schlittern noch tiefer hinein. Wenn kein Geld da ist, kann man gewisse Arbeiten eben einmal nicht erledigen.

Vorsitzender: Dazu ist ihm der Ort zu schade.

Fr. Dr. Wassermair: Mir wurde vorgeworfen ich mache Panik wegen der Abgangsgemeinde. Sie hat sich erkundigt. Der Vorsitzende hat gesagt, dem Bürger passiert überhaupt nichts. Es gibt einen Erlass dass, die umliegenden Gemeinden müssen das machen, dass Sie z.b. beim Wasser € 0,20 mehr einziehen müssen pro Kubikmeter.

Vorsitzender: Die Gemeinde Aschach hat so vorausschauend gedacht, dass dieser Betrag bereits eingezogen wird.

Ing. Viehböck: Er möchte zum Thema Grünauerstraße noch etwas sagen, da die Ausbuchtungen angesprochen wurden. Im Bauausschuss wurde darüber gesprochen. Es wurde auch die Fa. Pichler dazu eingeladen und Ihre Meinung zu äußern. Es gab die einhellige Meinung, diese Ausbuchtungen rückzubauen. Aus einem Grund wegen der Schneeräumung und weil sie vom Gegenverkehr her mit einem LKW zum Abbremsen vom LKW führt und dieser dann mit seiner Tonnage beschleunigen muss. Es wird von der Gemeindeganzlei nunmehr eine Kostenschätzung eingeholt und dann wird darüber nochmals im Bauausschuss und im Gemeindevorstand diskutiert.

Fr. Dr. Wassermair: Sie möchte noch wissen um wie viele Bäume es sich beim Schnitt gehandelt hat.

Vorsitzender: Er weis es nicht genau, aber er könnte sie nachzählen. Es waren Bäume beim Friedhof dabei und auch die Trauerweiden Richtung Schopperplatz.

Fr. Dr. Wassermair: Der Umweltschutz hat angerufen bezüglich der Sache Pichler. Mitte Mai wird nunmehr die Messanlage im Schlot installiert und dort werden dann die Abgase gemessen. Am Donnerstag fand die Müllsammlung in der Schule statt. Es super funktioniert und die Kinder waren eifrig dabei. Am 29.4.2006 findet um 9.00 Uhr statt. Treffpunkt ist beim Feuerwehrdepot.

Paschinger Franz: Er möchte darauf hinweisen, dass die Radfahrersaison wieder beginnt und bittet, dass die Reifen beim Parkplatz Wurm weggeräumt werden.

Vorsitzender: Es wurde bereits ein Brief abgeschickt, dass er die Reifen wegräumen muss.

Fr. Dr. Wassermair: Sie möchte dazu sagen, dass der Umweltausschuss bereits tätig war. Hr. Grünseis hat ihm einen Brief geschrieben und sie hat mit Hr. Dr. Ellrichshausen telefoniert. Es wurde dann der Brief nicht gleich abgeschickt weil Hr. Wurm das Gelände verkaufen wollte. Der Umweltausschuss war hier nicht säumig. Sie persönlich kann man sehr wohl angreifen aber nicht die anderen Mitglieder des Ausschusses.

Vorsitzender: Die Gemeinde hat eine neue Homepage. Es können von allen Personen Termine eingetragen werden. Auch Vereine können Sachen hineinstellen. Dazu braucht man jedoch einen Code. Der Bürgerservice der Seite ist noch im Aufbau. Es können Termine und auch Formulare heruntergeladen werden. Er hätte eine Frage, ob es für die Gemeinderäte ein Problem ist wenn man z.b. private Telefonnummern ins Internet stellt. Dies wird mit Ja beantwortet.

Ing. Buchroithner: Man kann eine Liste durchgeben und wer damit kein Problem hat soll seine Angaben dazu machen. Er hätte damit kein Problem.

Ing. Buchroithner: Von Freitag bis Sonntag findet im AVZ die Ausstellung der Hobbykünstler statt. Am Freitag die offizielle Eröffnung und er möchte dazu alle recht herzlich einladen.

